Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 76 (1989)
Heft: 9

Rubrik: Schulszene Schweiz

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schulszene Schweiz

Neuer Anlauf für Bildungsartikel?

Der Bundesrat erwägt einen Neuanlauf für einen Bildungsartikel in der Bundesverfassung. Für die Verbesserung der Europafähigkeit dürften auch in diesem Bereich zusätzliche Bundeskompetenzen notwendig sein, erklärte der Direktor des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft, Urs Hochstrasser, gestern in Bern.

In Kürze wird der Bundesrat zudem seine Botschaft für eine Weiterbildungsoffensive vorlegen, die rund 385 Millionen Franken kosten soll.

An der gemeinsamen Plenarversammlung von 48 Institutionen der Erwachsenenbildung und der Abteilung Familie und Bildung des Fernsehens DRS führte Hochstrasser aus, dem Bund fehlten insbesondere Kompetenzen zur Unterstützung der ausserberuflichen Erwachsenenbildung.

Bereits der 1973 an einem knappen Ständemehr gescheiterte Bildungsartikel habe Kompetenzen zu einer Rahmengesetzgebung für die Erwachsenenbildung und Beihilfen an die Weiterbildung enthalten. Die Dynamisierung des europäischen Marktes habe inzwischen deutlich gemacht, dass ein neuer Anlauf nötig sein dürfte, zumal die politische Bereitschaft für einen solchen Schritt gewachsen sei.

Das Brutalo-Verbot ist genehmigt

Der Ständerat hat das Brutalo-Verbot in der Fassung des Nationalrats oppositionslos genehmigt. Grausame Gewaltdarstellungen werden danach nur noch erlaubt sein, wenn sie von kulturellem und wissenschaftlichem Wert sind. Damit ist dieser erste Teil der StGB-Revision über strafbare Handlungen gegen Leib und Leben und gegen die Familie praktisch unter Dach. Es müssen nur noch einige kleine Differenzen bereinigt werden.

In der Kleinen Kammer gab das Brutalo-Verbot, das im Nationalrat zu stundenlangen Diskussionen geführt hatte, nur noch wenig zu reden. Kein Standesvertreter wandte sich generell dagegen, obwohl da und dort Vorbehalte angebracht wurden. So forderte Franco Masoni (FDP, Tessin) die Strafbehörden auf, aus dem Artikel 135 keine geistige Zensur zu entwickeln, sondern die Norm mit der notwendigen Zurückhaltung in den krassen Fällen, wo die Menschenwürde verletzt wird, anzuwenden und nicht in die Privatsphäre der Bürger einzugreifen. Als unklar oder überflüssig bemängelt wurde auch die vom Nationalrat eingebrachte Ergänzung, dass die Brutalos die elementare Würde des Menschen in schwerer Weise verletzen müssen. Bundesrat Arnold Koller sicherte zu, der Artikel gebe dem Richter die nötigen Leitplanken, das Gesetz anzuwenden.

Fremdsprachunterricht und Maturitätsprüfung

150 Gymnasiallehrer aus fast allen Maturitätsschulen der Schweiz trafen sich im Mai zum 6. Schweizerischen Forum «Langue 2», um die Frage der *Reform der Maturitätsprüfung in der zweiten Landessprache* zu diskutieren.

Den Seminarteilnehmern wurden grundsätzliche Überlegungen zum Thema Beurteilen und Bewerten vorgetragen sowie Ideen, Konzepte und Modelle neu gestalteter Maturitätsprüfungen präsentiert, die in der deutschen, der französischen und der italienischen Schweiz entwickelt worden waren. Autoren, Medien- und Werbefachleute stellten Texte vor, von denen sie glaubten, dass sie an einer Maturitätsprüfung verwendet werden könnten. In Arbeitsgruppen haben die Gymnasiallehrer auf Grund der vorgestellten Modelle und Texte versucht, Konzepte für neue Maturitätsprüfungen zu entwickeln, um diese (und damit den ganzen gymnasialen Unterricht) besser an die heutigen Lernziele (verstärkte Betonung der mündlichen Fertigkeiten u.a.m.) im Fremdsprachenunterricht anzupassen, die auf Grund der Bedürfnisse in Gesellschaft und Wirtschaft formuliert worden sind.

Mangel an Primarlehrern in zehn Kantonen

Nach jahrelangem Lehrerüberfluss und knappen Schülerzahlen zeichnet sich eine *Wende* ab: In der ganzen Schweiz fehlt es bereits an Lehrerinnen und Lehrern auf der Kindergartenstufe, und in zehn Kantonen zeichnet sich auch ein Mangel an Primarlehrern ab. Dies ergab eine Untersuchung des *Schweizerischen Lehrervereins (SLV).*

An Lehrkräften auf Primarschulstufe wird es in den nächsten Jahren in den Kantonen Zürich, Luzern, Nidwalden, Glarus, Solothurn, Basel-Land, St. Gallen, Aargau, Thurgau und Waadt fehlen. Auch in den Bereichen *Handarbeits- und Hauswirtschaftsunterricht* mangelt es vor allem den Ostschweizer Kantonen Zürich, Aargau, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden und Thurgau an Lehrerinnen und Lehrern. Auf den andern Schulstufen hat es mit wenigen Ausnahmen genügend Lehrer. Genaue Zahlen will der SLV erst bekannt geben, wenn die Umfrage die *Vernehmlassung* in den einzelnen Kantonen durchlaufen hat.

Reserven seien bei den *Frauen* zu finden, die aus familiären Gründen aus dem Schuldienst *ausgestiegen* seien, sagte SLV-Sekretär Schildknecht. Vehement weist Schildknecht auch die Vergrösserung von Schulklassen zur «Einsparung» von Stellen zurück. Die Lehrer hätten jahrelang dafür gekämpft, dass die Klassen kleiner werden. Eine Vergrösserung sei nicht mit moderner Schulpraxis vereinbar. Besonders gravierend ist die Situation im Kanton *Zürich,* wie die Erziehungsdirektion

kürzlich mitteilte. Für das am 21. August beginnende Schuljahr fehlen noch 50 Lehrer. Für die folgenden Jahre rechnet Zürich mit 150 bis 250 offenen Stellen. Stark gesunkene Studentenzahlen an den Lehrerbildungsanstalten seien schuld an der Situation, schrieb die Erziehungsdirektion. Seit 1961 seien nie mehr so wenig Junglehrer in den Schuldienst entlassen worden.

Mit verschiedenen *Massnahmen* versuchen die Kantone ihre offenen Lehrstellen zu besetzen und für die folgenden Jahre genügend Personal auszubilden. So werden auf dem Inserateweg auch ausserkantonal Lehrer gesucht. Der Kanton Baselland führt zum drittenmal einen Umschulungskurs für Berufstätige durch. Diese Umschulungskurse seien als prophylaktische Massnahmen gegen den sich abzeichnenden Lehrermangel eingeführt worden, sagt Alfred Blättler, Rektor des Lehrerseminars Liestal, auf Anfrage. Weiter versuchen die Kantone, das Reservoir an Um- und Aussteigern anzuzapfen. Im Kanton Zürich sind gemäss Erziehungsdirektion seit 1960 über 10 000 Lehrer ausgebildet worden, von denen noch 2950 als Primarlehrer tätig sind. 1990 wolle Zürich zwei *Wiedereinsteigerkurse* durchführen, teilte die Erziehungsdirektion mit. Der Kanton Thurgau hat in einem Aufruf kürzlich ehemalige Kindergärtnerinnen aufgefordert, ihren Beruf wieder aufzunehmen. (ap)

Zwanzig Jahre welsche Schulkoordination

Mit einer von rund 340 Teilnehmern besuchten Studientagung hat das *Institut romand de recherches et de documentation pédagogiques (IRDP)* in Neuenburg sein zwanzigjähriges Bestehen gefeiert. Das IRDP als «Gewissen und Stabstelle der Welschen Schulkoordination» beruht auf einer Vereinbarung von acht Kantonen, das heisst aller französischsprachigen und des Tessins.

Für die Tagung war die Frage gestellt worden: «Ist das Konkordat eine lebendige Variante der schweizerischen Demokratie?» Zur Behandlung dieses Themas trat als Mitorganisator auch das *Institut für Föderalismus* der Universität Freiburg auf. In einer subtilen Analyse setzte sich der gegenwärtige Leiter des IRDP, *Jacques-Andrö Tschoumy,* mit der Geschichte seiner Organisation und den Problemen der Kooperation zwischen Souveränität und Interdependenz auseinander. Der Freiburger Staatsrechtler *Prof. Thomas Fleiner* weitete in seinem im übrigen traditionellen Referat den Begriff des Konkordats auch auf die internationalen Verträge der Kantone aus, was ihm erlaubte, in der vermehrten internationalen Aktivität der Kantone – genannt wurden etwa die Gebiete der grenzregionalen Zusammenarbeit und der Frankophonie – eine neue Blüte des Konkordatsgedankens zu sehen. Sein erkrankter Neuenburger Kollege *Philippe Bois,* dessen Vortrag vorgelesen wurde, kritisierte in einer sehr amüsanten Polemik (ohne allzuviel wissenschaftlichen Tiefgang vielleicht) die Defizite des Konkordatswesens im Verhältnis zu Föderalismus, Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtssicherheit und Autonomie.

Plädoyer für kantonale Zusammenarbeit

Jean Cavadini endlich, Neuenburger Staatsratspräsident, Ständerat, Präsident von Erziehungsdirektorenkonferenz und IRDP, setzte sich vehement für das Konkordat als eine den kantonalen Notwendigkeiten adäquate Form der Zusammenarbeit gerade im Erziehungswesen ein. Er geisselte die «Zentralisierungsleidenschaft des Bundesrates» auf Gebieten kantonaler Zuständigkeit. Sie unterhöhle den schweizerischen Staatsaufbau und respektiere die kantonalen Besonderheiten zuwenig. Scharf wandte sich Cavadini unter anderem gegen den sich mehrenden Direktverkehr des Bundes mit Gemeinden und gegen die Bildung einer Gruppe für die Bildung und Forschung in der Verwaltung, weil der Bund und besonders das Eidgenössische Departement des Innern im Erziehungswesen nur minimale Befugnisse hätten.

Am Nachmittag diskutierten die Referenten mit weiteren Fachleuten unter der Leitung des welschen Fernsehjournalisten *José Ribaud, eines versierten Kenners der deutschschweizerischen Zusammenarbeitsprobleme, das Tagungsthema mit Bezug auf den Erziehungssektor und vor allem unter praktischen Gesichtspunkten. Es ist vorgesehen, die Referate im Herbst in einer Publikation des IRDP und des Föderalismusinstituts zu veröffentlichen.*

Zuweilen gibt ein Übersetzungsirrtum eine Seelenlage besser wieder als das korrekte Wort: Bei seiner Tischrede wollte der Direktor des Bundesamtes für Bildung und Wissenschaft, Prof. Urs Hochstrasser, darauf hinweisen, dass der von Cavadini am Morgen arg geschmähte Bund die Kantone immerhin mit Subventionen «diskret» unterstütze, gerade etwa bei der Finanzierung des IRDP. Das französische Wort für «unterstützen» ist «soutenir». Hochstrasser verwendete aber zum grossen Vergnügen der Zuhörer «supporter les cantons», was sich mit «die Kantone ertragen» übersetzen lässt.

Fre. in: NZZ vom 19.6.89

Heinz Lüthi ist Lehrer in Weiningen/ZH und Mitglied des «Cabaret Rotstift». Er erzählt von heiteren Begebenheiten, die er mit seinem Freund Heini erlebt hat.

Die Geschichten in diesem Band sind in der gleichen Grundhaltung wie seine Cabarettexte geschrieben: augenzwinkernde, humorvolle Unterhaltung, funkelnde Pointen in sprachlich geschliffener, aber nie verletzender Form.

176 Seiten, Pappband Fr. 24.80

Zu bestellen bei:
Friedrich Reinhardt Verlag, Postfach, 4012 Basel